



14. Stadtratsprotokoll / 14^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 16. September 2020, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 16 septembre 2020 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès de Bienne, Salle de concert

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Latscha Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Gerber Andreas, Hamdaoui Mohamed, Leuenberger Bernhard, Paronitti Maurice, Scherrer Martin, Strässler Thomas, Strobel Salome

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Steidle Silvia

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

131. Ordnungsantrag	422
132. Erklärung der GPK	422
133. Fraktionserklärung	423
134. Genehmigung der Traktandenliste	424
135. Mitteilungen Stadtratsbüro	424
• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK	424
136. Protokollgenehmigungen / (15. August 2018 / Nr. 9)	425
129. 20200176 Klimareglement der Stadt Biel (Fortsetzung)	425
○ Art. 7 Abs. 4 (neu)	425
○ Art. 9 Abs. 3 (neu)	428
○ Art. 10	429
• Ordnungsantrag	434
• Ordnungsantrag	434
137. 20200216 Fundament-, Fassaden- und Innensanierung Museum Neuhaus / Investitionsbeitrag / Verpflichtungskredit	436
• Ordnungsantrag	440
138. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200288, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, «Terrassen und E-Trottinette... Kohabitation oder Kollision?»	441
139. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200285, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Wie spät ist es?»	441
140. Dringliches Postulat 20190423, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Für eine klare und transparente Strategie im Verkehrsbereich»	442
141. Dringliches Postulat 20190421, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Moratorium von verkehrsflankierenden Massnahmen bis der Westast realisiert wird»	445
142. Überparteiliches Postulat 20190343, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, Paronitti Maurice, Fraktion PRR, Gonzalez Glenda, Fraktion PSR, Wiher Max, Fraktion GLP+, Scheuss Urs, Fraktion Grüne, Molina Franziska, EVP, Gugger Reto, BDP, Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP, «Verkehrlich flankierende Massnahmen im Mühlefeld optimieren»	447
143. Postulat 20190345, Gugger Reto, BDP, Schor Alfred, EDU, Bohnenblust Peter, FDP, «Überarbeitung Parkierungsreglement»	450
144. Postulat 20190348, Külling Urs, Fraktion SP/JUSO, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Parkplatzverluste am Bahnhof»	450

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Stadtratssitzung. Um ungefähr 20.00 Uhr wird die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen und anschliessend bis ungefähr 22.30 Uhr fortgesetzt.

Auf Ihrem Tisch finden Sie folgende Unterlagen:

- Jahresbericht 2019 SPITEX Biel-Bienne Regio
- Änderungsanträge der Fraktionen Grüne, GLP, Einfach Libres!, SP/JUSO, PSR zum Geschäft «Klimareglement der Stadt Biel»
- Budget 2021
- Finanzplanung 2022 – 2024
- Abweichungen Budget 2021

Ein Ratsmitglied hat nachdrücklich darum gebeten, die Maske zu tragen sobald der Sitzplatz im Saal verlassen wird. Es geht darum, die vulnerablen Personen unter den Stadratsmitgliedern zu schützen und ihnen zu ermöglichen, an den Sitzungen teilzunehmen. Dieser Bitte ist zu entsprechen. Bitte tragen Sie im Saal die Maske. Am Rednerpult können Sie diese ablegen. Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Masken stehen am Eingang vor dem Sitzungssaal bereit.

Aufgrund der unsicheren Pandemieentwicklung wurde abgeklärt, ob die Stadtratssitzungen allenfalls virtuell durchgeführt werden können. Diese Möglichkeit besteht jedoch nach wie vor nicht. Je nachdem muss die nächste Stadtratssitzung annulliert werden.

Frau Sandra Schneider hat einen Ordnungsantrag eingereicht. Anschliessend folgt eine Erklärung der GPK und eine Fraktionserklärung der GLP+

131. Ordnungsantrag

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beantragt eine Sitzungspause von einer Stunde. Viele Stadratsmitglieder möchten nach einem Arbeitstag essen gehen. Die Sitzung für eine Stunde zu unterbrechen und anschliessend effizient weiter zu arbeiten wäre besser.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

132. Erklärung der GPK

Frank Lena, GPK: Nach der letzten Stadtratssitzung kam bei allen Parteien der Wunsch auf, möglichst rasch eine Aussprache betreffend Akteneinsicht durchzuführen. Eine erste Sitzung fand am 1. September 2020 mit dem Stadtpräsidenten, der Finanzdirektorin und der Stadtschreiberin statt. Für das Stadtratsbüro anwesend waren die Herren Cadetg und Bord, sowie für die GPK, Natasha Pittet und ich, ausserdem die

Ratssekretärin und Professor Felix Uhlmann. Beide Seiten legten ihre Positionen dar. Gestützt auf die Expertise von Professor Uhlmann erwartet die GPK die weiterführenden Unterlagen wieder zu erhalten. Dabei ist weder der Stadtrat und die GPK an der internen, gemeinderätlichen Meinungsbildung interessiert. Vielmehr benötigt die GPK die, den Geschäften zugrundeliegenden Dokumente wie Gutachten, Prüfberichte, Pläne und Varianten, Berichtsvorversionen und ähnliches. Dem Gemeinderat geht es offenbar in erster Linie darum, den politischen Meinungsbildungsprozess innerhalb des Gemeinderats zu schützen. Herausgestellt hat sich ausserdem, dass offenbar Kommunikationsprobleme zwischen der Stadtschreiberin und ihren Mitarbeitenden aber auch zwischen Gemeinderat und Stadtschreiberin bestehen. Die Stadtratsdelegation hat an der Sitzung den Meinungsbildungsprozess innerhalb GPK und Stadtrat nochmals erläutert und die Abstufungen und Aufgaben der Legislative dargelegt. Gegen Gesprächsende hat sich eine mögliche Lösung abgezeichnet. Diese ist aber noch nicht vollständig ausgereift. Das bereits geplante zweite Gespräch vom 27. Oktober 2020 wird deshalb stattfinden. An dieser Sitzung soll eine finale, für beide Seiten praktikable Übergangslösung vereinbart werden, welche zudem als Grundlage für einen neuen Artikel in der Stadtordnung dienen soll. Bis dahin erhält die GPK bis auf die Mitberichte alle vorbereitenden Unterlagen. Sollte die Vereinbarung nicht eingehalten werden, behält sich die GPK vor, Geschäfte von der Traktandenliste streichen zu lassen. Für die heutige Sitzung hat die GPK alle Unterlagen erhalten.

133. Fraktionserklärung

Briechle Dennis GLP+: Die Stadtratssitzung am Mittwoch, 19. August 2020, auf die sich die GPK-Sprecherin soeben bezogen hat, startete mit einem Paukenschlag. Durch eine Verordnungsänderung wurden die Einsichtsrechte der GPK eingeschränkt. Schlussendlich verfügte die GPK über keinerlei weitere Einsichtsrechte als die übrigen Stadtratsmitglieder. An dieser Sitzung ging es jedoch nicht um einfache Routinegeschäfte. So stand beispielsweise die Beratung über den grössten Schulhausneubau seit Jahrzehnten an (20190099 «Erweiterung Schulanlage Champagne / Projektierung / Verpflichtungskredit»). Es ist schwer nachvollziehbar, dass zu einem Geschäft dieser Art keine weiteren Dokumente vorliegen als der Bericht des Gemeinderats. GPK steht für Geschäftsprüfungskommission. Der Name sagt deutlich, welche Zweckbestimmung die Kommission hat. Sie prüft die Geschäfte, welche dem Stadtrat vorgelegt werden. Sie muss Zugang zu den, den Stadtratsgeschäften zugrundeliegenden Dokumenten haben. Die Stadtratsmitglieder beurteilten die Einschränkungen der GPK einhellig. Es wurde an höhere rechtliche Bestimmungen verwiesen und gar mit dem Gang vor das Regierungsstatthalteramt gedroht. Diese Haltung ist aus Sicht der Fraktion GLP+ ermunternd und ein starkes Zeichen dafür, dass das Parlament nicht auf seine Rechte verzichten will. Der Gemeinderat hat daraufhin beschwichtigt, dass alles ein Missverständnis wäre. Es bestünde zu keinem Zeitpunkt die Absicht, die GPK zu entmachten. Das entstandene Missverständnis würde umgehend aufgeklärt. Den Äusserungen der GPK-Sprecherin ist jedoch zu entnehmen, dass die Angelegenheit nicht abschliessend geklärt wurde. Die GPK konnte zur Vorbereitung der Geschäfte für die heutige Sitzung zwar wieder weitergehende Unterlagen einsehen, ein gemeinsames Verständnis für die zukünftige

Zusammenarbeit zwischen der GPK und der Exekutive ist jedoch nicht erfolgt. Dies liegt gemäss den Ausführungen der GPK-Sprecherin nicht an den sachlichen Differenzen sondern vor allem an der mangelhaften Kommunikation. Für die Fraktion GLP+ ist unverständlich wieso das Problem nicht auf einem in Augenhöhe geführten Dialog aus der Welt geschaffen wird. Wir erwarten, dass dies jetzt umgehend geschieht.

134. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Da Gemeinderätin Frau Steidle sich für heute entschuldigt hat wird sie für das Geschäft 20200216 «Fundament-, Fassaden und Innensanierung Museum Neuhaus / Investitionsbeitrag / Verpflichtungskredit» von Gemeinderat Cédric Némitz vertreten. Für die der Finanzdirektion zugewiesenen traktandierten Vorstösse wird sie vom Stadtpräsident vertreten.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich allfällige Überträge aus der heutigen Sitzung auf der Traktandenliste der nächsten Sitzung thematisch geordnet neu zusammenstellen werde. Für heute habe ich die ursprüngliche Reihenfolge belassen.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

135. Mitteilungen Stadtratsbüro

Abrechnungen in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 10. September 2020 die folgenden Abrechnungen der Verpflichtungskredite der Direktion Bau, Energie und Umwelt in eigener Kompetenz einstimmig und mit folgenden Bemerkungen genehmigt:

1. 20100370 Sanierung Kinderhaus Stern im Ried: Die Architekturleistungen wurden, entgegen den Vorgaben, aus nicht dokumentierten Gründen freihändig vergeben. Zudem wurde versäumt, die Liegenschaft, entgegen dem Stadtratsbeschluss vom 16. Mai 2013 nicht vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen zu übertragen, was von der Abteilung Finanzen nachgeholt wird. Ausserdem wurde die Frist zur Abrechnung überschritten.
2. 20150246 Erweiterung Kindergarten Birkenweg: Trotz der gegenüber dem Vorprojekt deutlich erhöhten Architekturleistungen in der Ausführungsphase, wurden diese freihändig vergeben. Dokumente, die eine Abweichung von den Beschaffungsvorgaben rechtfertigten, fehlen und ein Wechsel des Planungsteams wurde nie erwogen. Ausserdem wurde die Frist zur Abrechnung nicht eingehalten.
3. 20090300 Schulhaus Sahligut / Sanierung Aula und Sofortmassnahmen und 20140252 Schulhaus Sahligut / Einbau Tagesschule und Kindergarten: Bei beiden Verpflichtungskrediten erfolgte die Vergabe der Architekturleistungen trotz deutlicher Überschreitung des Schwellenwertes freihändig. Die Begründung,

wonach es sich dabei um einen Folgeauftrag einer Zustandsanalyse handelt, vermag keinen Ausnahmetatbestand gemäss Art. 7 der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBV; BSG 731.21) zu begründen. Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat einmal mehr dringend, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen.

4. 20120208 Kongresshaus Biel / Sofortmassnahmen: Diese Abrechnung hat die GPK einstimmig, ohne Bemerkung genehmigt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich höre seit Jahren immer wieder die gleichen Beanstandungen zu den Abrechnungen der Verpflichtungskredite. Der Stadtrat hat vor längerer Zeit die Einführung eines IKS gefordert, welches aber immer noch nicht umgesetzt wurde. Wie ich sehe, verzichtet der Gemeinderat auf eine Stellungnahme.

136. Protokollgenehmigungen / (15. August 2018 / Nr. 9)

Das Protokoll Nr. 9 vom 15. August 2018 wird stillschweigend genehmigt.

129. 20200176 Klimareglement der Stadt Biel (Fortsetzung)

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die an der letzten Sitzung begonnene Detailberatung wird fortgesetzt dazu liegen weitere Änderungsanträge vor.

Art. 7 Abs. 4 (neu)

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Die Mehrheit im Stadtrat will die Erderwärmung stoppen und ist für eine möglichst rasche Umsetzung des Klimareglementes. Bereits an der letzten Sitzung wurde festgehalten, dass die Stadt Biel in internationale, nationale und kantonale Begebenheiten eingebettet ist. Die Menschheit und der technologische Fortschritt werden sich weiterentwickeln. Die Antragstellenden wollen, dass in Art. 7 ein neuer Absatz 4 eingefügt wird, welcher die Berichterstattung auch zur Überprüfung der Änderungen und Fortschritte der Rahmenbedingungen verlangt. Das angestrebte Ziel ist die Klimaneutralität, wenn möglich bis 2030. Auf jeden Fall soll die Klimaneutralität schneller als 2050 erreicht werden. Ich bitte Sie, den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Das Anliegen des Antrags wurde bereits an der letzten Sitzung diskutiert und führte zu einiger Verwirrung. Eine Lösung bietet die Aufnahme der Forderung in Art. 7. An der letzten Sitzung war die Haltung des Gemeinderats dazu nicht klar. Ich bin gespannt, wie er den heutigen Antrag interpretiert.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Notre groupe n'a pas changé d'avis et est toujours contre le règlement en lui-même. Étant donné que l'on va traiter cet objet article par article, nous donnerons aussi notre position sur les propositions faites pour chaque article. Concernant cette proposition relative à l'Art. 7

al. 4, on peut visiblement voir que la gauche reconnaît l'inutilité de ce règlement communal puisque dans les conditions cadres sont fixées le droit international, national et cantonal. La deuxième chose est que viser la neutralité climatique en 2030 est irresponsable et dangereux mais aussi irréaliste sauf si des mesures drastiques, extrêmes voire extrémistes sont décidées. Il est donc évident que notre groupe rejette cette proposition.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die neue Fassung des Antrags hat zwei Teile. Einerseits wird die Klimaneutralität bis 2030 angestrebt. Andererseits soll der Gemeinderat Neuerungen und den technologischen Fortschritt in seiner Berichterstattung berücksichtigen. Die Fraktion FDP ist dafür, Innovation und Fortschritt beim Klimaschutz so rasch als möglich umzusetzen. Ich beantrage, über die beiden Forderungen des Antrags getrennt abzustimmen. Die Fraktion FDP lehnt die Zielerreichung bis 2030 ab. Das Ziel gehört nicht zur Berichterstattung. Dies ergibt einen Widerspruch zu den Zielen in Art. 2 und ist missverständlich.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Nous rappelons que le réchauffement climatique est un fait objectif et mesurable. Actuellement, il n'est plus possible de le nier ou de mettre en doute ses effets. Il s'agit d'émettre un signal clair montrant une réelle volonté de lutter contre les effets négatifs altérant le climat de notre planète. Réduire les émissions de gaz à effet de serre et parvenir à une neutralité climatique d'ici 2050, selon le calendrier établi à l'Art. 2 de la proposition du Règlement, peut facilement être interprété comme une vision relativement lointaine. Un peu comme si la génération dont je fais partie voulait refiler la patate chaude à la génération suivante. 2050, c'est dans 30 ans et une bonne partie d'entre nous regardera son avenir dans un rétroviseur. Il est donc particulièrement important de rendre conscient chacune et chacun à la gravité de la situation actuelle et de prendre nos responsabilités. C'est pour cette raison que notre groupe pense qu'il faut prendre les bonnes résolutions et effectuer les changements nécessaires, dès à présent. Notre groupe soutient l'amendement proposé visant à atteindre la neutralité climatique en 2030. Inclure cette vision dans le Règlement sur le climat, c'est montrer une réelle volonté de se mettre en besogne, dès à présent, car à l'instar du dérèglement climatique, le temps presse. Même si la mission paraît périlleuse d'ici 2030, je pense qu'elle mérite toute notre attention. Je vous invite à en prendre le pari. Car comme le disait si bien Oscar Wilde: *«Il faut toujours viser la lune car même en cas d'échec on atterrit dans les étoiles.»*

Suter Daniel, PRR: L'Art. 7, al. 2, let. a à f du Règlement règle de manière très détaillée le contenu des rapports que nous attendons du Conseil municipal. L'Art. 2 de ce règlement fixe l'objectif de la neutralité carbone à l'année 2050 et se met ainsi en accord avec le droit international et fédéral. En effet la Confédération a admis l'objectif fixé par la COP21 à Paris. Le contenu du rapport concerne essentiellement des données techniques et scientifiques sur la quantité de CO₂ produit sur le territoire de la Ville de Bienne. Pour atteindre l'objectif 2050 cela donne une courbe qui périodiquement est examinée afin de s'assurer que l'on avance correctement. Si on devrait s'en éloigner, des mesures sont proposées. Cet amendement proposé par la gauche est donc tout à fait inutile car tout est réglé de manière précise afin d'atteindre l'objectif visé en 2050. L'objectif 2030 est juste illusoire et inatteignable et tout simplement impossible. Cela étant, nous pouvons rejoindre la proposition de Monsieur Bohnenblust et admettre la première partie de cet amendement, qui n'apporte rien de nouveau mais en rejetant la dernière phrase, qui est un non-sens.

Heiniger Peter, PdA: Ich finde die neue Formulierung absolut unterstützenswert. Das Ziel kann und darf eingehalten werden, ist jedoch nicht mit Restriktionen verbunden. Die Klimaneutralität ist nicht bloss symbolisch anzustreben. Äusserungen wie «andere würden das auch nicht so machen», sind nicht angebracht. Irgendwo kann die Stadt Biel auch einmal als Beispiel vorangehen. Ich empfehle Ihnen, dem vorliegenden Änderungsantrag vollumfänglich zuzustimmen, ohne dem Antrag von Herrn Bohnenblust zu folgen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Herr Suter hat Recht. Das Ziel wurde für 2050 angestrebt. Es geht in diesem Antrag nicht um eine andere Zielsetzung. Diese wurde an der letzten Sitzung festgelegt und daran wird nicht gerüttelt. Es geht um einen Zusatz in der Berichterstattung. Die Antragstellenden bitten darum, zu prüfen, ob das Ziel allenfalls schneller erreicht werden könnte.

Wiederkehr Martin, SP: Es sollen auch Zwischenziele vereinbart werden. Da ist es durchaus sinnvoll, wenn diese schneller erreicht werden.

Scheuss Urs, Grüne: Ich äussere mich zu den vorgebrachten Einwänden. Die Städte Lausanne und Zürich arbeiten bereits daran, die Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen. Das Ziel kann durchaus differenziert werden, beispielsweise, kann es nur für die Stadtverwaltung angestrebt werden. Wieso sollte Biel als Zukunftsstadt da hinten anstehen? Warum gehört das Ziel hierhin? Das Pariser Klimaabkommen verlangt, dass die zuerst machbaren Ziele umgesetzt und laufend ambitioniertere Ziele definiert werden. Die im Moment vereinbarten Vorgaben reichen zur Zielerreichung nicht aus. Alle Staaten sind also aufgefordert, die Ziele ambitionierter festzulegen. Die Schweiz hat das übrigens bereits getan. Das ursprüngliche Ziel der Reduzierung der Treibhausgasemission wurde neu auf netto Null bis 2050 verschärft. Ich bin zuversichtlich, dass hier noch weiter verschärft werden kann. Erwähnt wurde die kurze Frist. Vor zehn Jahren wurde in der Schweiz über ein neues AKW Mühleberg diskutiert. In der Zwischenzeit wurde dieses abgeschaltet und ein neues AKW ist nicht geplant. Innerhalb von zehn Jahren kann sich sehr viel ändern. Der Gemeinderat soll auf die technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen reagieren. Mit dem neuen Absatz in Art. 7 muss er dies auch.

Gugger Reto, BDP: Die Gesellschaft steht vor einer Prüfung. Wir alle standen schon vor Prüfungen, meistens in der Schule. Die Prüfung gilt mit der Note 4 als bestanden. Für die Klimaneutralität heisst dies bis 2050. Gewisse SchülerInnen sind mit der Note 4 jedoch nicht zufrieden. Sie sind ehrgeizig und streben nach Note 6. Das wäre dann die Klimaneutralität bis 2030. Ich wünsche mir, dass der Stadtrat ambitioniert ist. Mit einer schnelleren Zielerreichung übernimmt die Stadt eine Vorbildfunktion. Ich werde den Antrag, entgegen der Meinung meiner Fraktion, mit der angestrebten Zielerreichung bis 2030 unterstützen.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich wiederhole, was ich an der letzten Stadtratssitzung zu Art. 2 bereits gesagt habe: Der Gemeinderat unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag, insbesondere weil ihm bewusst ist, dass sowohl 2040 als auch 2050 weit entfernt sind. Im Moment kann die Entwicklungsgeschwindigkeit nicht abgeschätzt werden. Nicht nur technologisch sondern auch durch Entscheide von Bund und Kanton, können die Ziele schneller umgesetzt werden. Im Stadtrat kann jederzeit ein Antrag für eine kürzere Frist zur

Zielerreichung eingebracht werden. Wie auch immer, der Gemeinderat ist der Meinung, dass alle 5 Jahre geprüft werden sollte, ob die Ziele früher erreicht werden können. Mit dem vorliegenden Antrag wäre der Gemeinderat verpflichtet, die Themen zu prüfen und darüber zu berichten. Er ist darüberhinaus verpflichtet, dem Stadtrat entsprechend Antrag zu stellen. Das bedeutet, dass der Gemeinderat dem Stadtrat vorschlagen kann, Art. 2 allenfalls zu ändern. Die Zielerreichung bis 2030 hat der Gemeinderat bekämpft weil dies im Moment nicht erreichbar ist. In der Berichterstattung soll jedoch versucht werden, die Klimaneutralität bis 2030 anzustreben. Der Gemeinderat interpretiert das so, dass eine Fristverlängerung sicher nicht möglich ist. Die Frist kann nur verkürzt werden. Damit ist der Gemeinderat einverstanden. Wir wissen alle, dass die Zeit drängt. Ich bitte Sie, den vorliegenden Änderungsantrag zu unterstützen. Ich bitte Sie ausserdem, die konkreten Vorschläge, welche der Gemeinderat bei seiner Berichterstattung einreichen wird, zu unterstützen, auch wenn sie etwas kosten. Das Ziel muss spätestens bis 2050 und für die Stadtverwaltung bis 2040 erreicht werden.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zuerst wird über den Antrag von Herrn Bohnenblust abgestimmt.

Abstimmungen

- über den Antrag von Peter Bohnenblust, zu beiden Forderungen im Antrag zu Art. 7 getrennt abzustimmen

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag der Fraktionen Grüne, GLP, Einfach libres!, SP/JUSO, PSR zu Art. 7 Abs. 4 (neu) über die Berichterstattung

Der Antrag wird angenommen. Der Gemeinderat überprüft im Rahmen der Berichterstattung auch die Zielsetzungen unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen im internationalen, nationalen und kantonalen Recht, den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und der technologischen Entwicklung und stellt dem Stadtrat entsprechend Antrag. Er strebt dabei das Ziel Klimaneutralität 2030 an.

Art. 9 Abs. 3 (neu)

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Der vorliegende Antrag ist eine Konsequenz aus der Annahme des vorangegangenen. Vorhin wurde erwähnt, dass grosse Teile der Gesetzgebung auf kantonaler und nationaler Ebene erlassen werden und der Handlungsspielraum für die Stadt beschränkt ist. In der Klimastrategie steht, dass die Stadt ihren Handlungsspielraum durchaus ausnützen kann. Um das angestrebte Ziel bis 2030 zu erreichen, soll sich die Stadtverwaltung bei Bund und Kanton dafür einsetzen. Für Massnahmen zum besonderen Nutzen der Stadt setzt sich die Stadtverwaltung bereits heute bei Bund und Kanton ein. Die Umsetzung des vorliegenden Reglements ist für die Stadt von hohem Interesse, eine Zusammenarbeit ist von daher legitimiert.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Monsieur Scheuss a eu raison sur l'Art. 7 de ce Règlement lorsqu'il a mentionné les villes de Lausanne et Zürich, qui peuvent ou pourront atteindre la neutralité climatique en 2030. Il ne faut pas oublier que ces villes planifient cela avec des mesures extrémistes, qui commencent à déplaire aux habitants de ces villes. Il suffit de lire la presse pour s'en rendre compte. Dans ce cas, à l'Art. 9, le point 1 paraît tout à fait logique car une collaboration entre la Ville, le Canton et la Confédération coule de sens. Le point 2 paraît également tout à fait envisageable. Par contre, la nouvelle proposition, qui ressemble fortement à celle faite à l'Art. 7, me laisse à penser que les futurs élus de la Ville de Bienne auront suffisamment de choses à faire pour la Ville ou la région plutôt que de faire la leçon au niveau fédéral et cantonal. Les élus qui souhaitent le faire peuvent toujours se présenter aux élections cantonales voire nationales. Je dirais que ce nouvel alinéa est tout à fait inutile et notre groupe s'y oppose.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktionen Grüne, GLP, Einfach libres!, SP/JUSO, PSR zu Art. 9 Abs. 3 (neu) über die Zusammenarbeit

Der Antrag wird angenommen. Die Stadtverwaltung setzt sich auf Bundes- und Kantonsebene für die Klimaneutralität bis 2030 ein.

Art. 10

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Forderung im vorliegenden Antrag der Fraktion SP/JUSO zu Art. 10, Spezialfinanzierung bedingt eine Anpassung von Ziffer 2 im Beschlussesentwurf, andernfalls würden sich beide Texte widersprechen. Ich schlage vor, bei Annahme der Änderung im Reglement den Text im Beschlussesentwurf für die Schlussabstimmung entsprechend anzupassen. Ich sehe, Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Wir wissen alle, dass Klimaschutz nicht gratis ist. Die Frage ist nur, wer für die Kosten aufkommen soll. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Vorschlag des Gemeinderats, dafür eine Spezialfinanzierung zu schaffen. Damit werden Gelder für den Klimaschutz reserviert und die notwendigen Massnahmen finanziert. In die Spezialfinanzierung sollen Abgaben auf Erdgas fliessen. Diesen Punkt erachtet die Fraktion SP/JUSO als kritisch. Mit einer Abgabe auf Erdgas werden Menschen mit kleinem Einkommen überproportional belastet. MieterInnen in einer mit Gas beheizten Wohnung werden diese Kosten zum grössten Teil selber tragen und können nicht entscheiden, welche Heizung eingebaut wird. Die Fraktion SP/JUSO will einen sozialen Klimaschutz, welcher auch sozial finanziert wird. Die Mehrbelastung von CHF 25 ist relativ gering, trotzdem ist klar, dass nicht die ärmere Bevölkerung die Kosten für den Klimaschutz überproportional zu tragen hat. Der ökologische Fussabdruck der ärmeren Bevölkerung ist gegenüber den gut verdienenden, wohlhabenden Menschen eher kleiner. Die Fraktion SP/JUSO will die Massnahmen zum Klimaschutz durch Steuergelder und damit durch progressive Einnahmequellen finanzieren. Es sollen diejenigen für die Kosten aufkommen, die es sich leisten können und tendenziell einen grossen ökologischen Fussabdruck

hinterlassen. Aus der finanziellen und ökologischen Perspektive wird damit soziale Gerechtigkeit erreicht. Deshalb beantragt die Fraktion SP/JUSO, soll im Klimareglement festgeschrieben werden, dass jährlich CH 500'000 aus dem ordentlichen Budget in die Spezialfinanzierung eingelegt werden. Im Beschlussesentwurf ist festzuhalten, dass die Mehrkosten durch eine minimale Gemeindesteuererhöhung von einem Hundertstel finanziert werden sollen. Damit werden einerseits die Mittel für die Spezialfinanzierung garantiert und andererseits die Massnahmen für den Klimaschutz auf soziale Weise finanziert. Aus diesen Gründen bittet Sie die Fraktion SP/JUSO den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne lehnt den vorliegenden Antrag ab. Mit diesem Antrag wird riskiert, dass schlussendlich für die Umsetzung des Klimareglements gar kein Geld vorhanden ist. Der Stadtrat setzt Ziele fest und für die Umsetzung fehlt nachher das Geld. Ausserdem hebt dieser Antrag das Verursacherprinzip aus. Es handelt sich um eine Abgabe von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde. In der Sozialhilfe werden die Heizkosten übernommen. Die Ärmsten werden also nicht zu einem sozialen Härtefall. Das Verursacherprinzip ist eine wichtige Errungenschaft der Umweltpolitik. Diejenigen, welche die Umwelt schädigen, sollen sich auch an den Kosten beteiligen. In der Sozialpolitik gibt es auch eine wichtige Errungenschaft, nämlich anständige Löhne. Diese können nicht einfach mit preiswerteren Bauarbeiten umgangen werden. Genau so wenig soll das Verursacherprinzip in Frage gestellt werden. Wenn von sozialverträglich gesprochen wird, sollten die Grundsätze der Sozialpolitik nicht ausser Acht gelassen werden. Das System der Sozialhilfe beruht nicht mehr auf Almosen sondern darauf, dass die Menschen anständige Löhne haben. Wir müssen dafür sorgen, dass die Leute die Mieten bezahlen können. Umweltschutz kostet halt etwas. Die Klimapolitik sollte nicht Anlass sein, Umweltschutz gegen Sozialpolitik auszuspielen. Es gilt vielmehr die sozialpolitischen Massnahmen zu stärken und nicht den Umweltschutz zu schwächen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP lehnt den vorliegenden Antrag ab. Herr Scheuss hat das Wesentliche bereits gesagt. Inhaltlich ist die Forderung falsch und rechtlich sehr fragwürdig. Jedes Jahr CHF 500'000 aus dem Budget zu reservieren ist falsch. Der Antrag ist auch in Bezug auf den Beschlussesentwurf rechtlich wohl nicht zulässig oder zumindest falsch.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Il est intéressant de voir comment les choses se développent. D'un côté le Règlement de base est équilibré mais on essaie de le faire chavirer et d'en changer le sens en mettant ce financement par l'impôt. Le principe de pollueur payeur est appliqué partout et doit rester. Sur ce point, je peux être d'accord avec Monsieur Scheuss. Toutefois, demander une augmentation d'impôts pour financer ce genre de chose alors que l'on en paie déjà relativement beaucoup me semble inconcevable. Si on avait proposé une réduction de charges dans un autre domaine afin de compenser, j'aurais pu partager cet avis. Mais une augmentation d'impôts n'entre pas en considération pour le Groupe PRR.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je rejoins totalement ce qui a été dit par mon collègue Bohnenblust pour les premiers points de l'Art. 10 car c'est un mauvais système. Pour le second point, je rejoins aussi l'avis de Monsieur Bord car l'augmentation d'impôts est une mauvaise solution qui s'attaque aux citoyens. Si j'ai bien compris, lors de la présentation du budget de la Ville de Bienne, il était

question de baisse de revenu au niveau des impôts pour l'année prochaine. Je ne suis pas certain qu'une augmentation d'impôts va faire revenir ou empêchera les bons contribuables de partir. Nous rejetons cette proposition d'amendement.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Notre groupe s'est longuement penché sur la question du financement spécial «Protection du climat» et en tire les conclusions suivantes. Alimenter ce financement spécial par une redevance supplémentaire de 0.2ct/kW provenant de gaz non-renouvelable reste aux yeux du PSR une mesure quasi antisociale. En effet, même si les coûts supplémentaires ne sont que de 25 fr. à 50 fr. par ménage, cela va grever principalement le budget des familles à bas revenus. Je ne vais pas revenir en détail sur ce point qui a déjà été longuement évoqué lors de nos séances précédentes. À notre avis, ce n'est donc pas la meilleure solution. Par contre, le Groupe PSR soutient la proposition d'amendement financement spécial «Protection du climat» qui prévoit de prélever 500'000 fr. chaque année sur le budget ordinaire. Le PSR n'est pas là pour rêver non plus. Une dépense supplémentaire par les temps qui courent et au moment où il faudra débattre du budget n'est de loin pas chose évidente. Cependant, le Groupe PSR reste d'avis que c'est une tâche dévolue à la Ville que de trouver et de proposer le meilleur moyen d'inclure ce financement dans le cadre du budget ordinaire. Il redonne donc la patate chaude au Conseil municipal, pour une fois. Notre groupe estime qu'il n'est pas judicieux de proposer une augmentation d'impôts en tenant compte uniquement de la problématique de la protection du climat. Par contre, augmenter les impôts peut être une autre discussion dans un autre cadre.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich reagiere auf die vorangegangenen Äusserungen. Herr Scheuss sagte, dass mit dem vorliegenden Antrag schlussendlich keine Mittel vorhanden wären, um Klimaschutz-Massnahmen umzusetzen. Die Forderung im Antrag der Fraktion SP/JUSO ersetzt die Abgabe mit einer jährlichen Einlage von CHF 500'000 in die Spezialfinanzierung. Die Finanzierung wird mit einer minimalen Steuererhöhung sichergestellt. Die Befürchtungen der Fraktion Grüne sind nicht nachvollziehbar. Mit dem vorliegenden Antrag ist das Geld für den Klimaschutz vorhanden und wird, im Gegensatz zum Vorschlag im Reglementsentwurf, erst noch sozialverträglich generiert.

Erwähnt wurde auch das Verursacherprinzip. Aus der Perspektive der KonsumentInnen sind es zum grossen Teil die reichen Menschen, welche einen höheren ökologischen Fussabdruck haben und sie können leichter etwas ändern weil sie höchstwahrscheinlich weniger abhängig sind. Die Klimamassnahmen mit Steuergeldern zu finanzieren ist deshalb richtig. Aus Sicht der Verursacher und diese ist massgebend, sind vor allem die Konzerne verantwortlich für die CO₂-Emissionen. Sie verbrauchen Öl und Gas und machen damit Milliarden Gewinn. Die MieterInnen zu belasten, die nichts ändern können, finde ich falsch. Damit wird der Fokus von den grossen Verursachern der Klimakrise weggenommen. Auf Gas eine Abgabe zu erheben aber auf Heizöl nicht, ist auch aus Sicht der Grünen nicht sinnvoll. Heizöl ist viel umweltschädlicher. Soziale und ökologische Aspekte müssen gemeinsam überdacht werden. Klimapolitik darf nicht gegen Sozialpolitik ausgespielt werden. In der Vergangenheit wurden den Menschen immer mehr Abgaben zur Finanzierung der Klimapolitik aufgebürdet. Die Konzerne jedoch wurden davon ausgenommen. Die Bevölkerung wird diese Politik nicht immer mittragen. Mit einer ambitionierten Klimapolitik, welche von der Bevölkerung mitgetragen werden soll, werden die grössten Verursacher, nämlich die Reichen und die Konzerne endlich einmal zur Kasse gebeten.

Herr Wächter, die Fraktion SVP/Die Eidgenossen will keine neuen Abgaben und Gebühren. Jetzt lehnen Sie einen Antrag ab, der neue Abgaben verhindern will. Für mich ist das absolut unverständlich.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Es geht um zwei verschiedene Prinzipien. Beide haben gute Argumente. Ich habe jedoch mit beiden Forderungen ein Problem. 02, Rappen pro Kilowattstunde auf Gas betrifft nur diejenigen, welche Gas nutzen. Es wäre aber im Sinne der Sache, wenn sich alle Verursacher von CO₂-Emissionen an den Kosten beteiligen. Etwas das alle verbrauchen ist Strom. Wieso wird die Abgabe nicht auf dem Stromverbrauch erhoben? Die Fraktion Einfach libres! beantragt, Art. 2 Abs. 2 im Beschlussesentwurf wie folgt zu ändern: «... eine Abgabe von 0.2 Rappen pro Kilowattstunde der aus dem Verteilnetz des ESB an die Endkundinnen und -kunden in der Stadt Biel ausgespiesenen Energie aus ~~nicht erneuerbarem Gas (Erdgas)~~ Strom zugunsten der Spezialfinanzierung „Klimaschutz“.»

Frank Lena, Grüne: Im ersten Moment habe ich mir ebenfalls gedacht, warum wird die Spezialfinanzierung nicht mit Steuergeldern finanziert? Bei eingehender Betrachtung, stellt sich jedoch heraus, dass damit ein rechtliches Problem entsteht. Ein fixer Betrag aus dem ordentlichen Budget bedeutet auch, dass der Stadtrat bei der jährlichen Beratung zum Budget Beiträge jederzeit streichen kann. Ich vermute, dass dies für das Reglement eine gewisse Rechtsunsicherheit darstellt. Abgesehen von der rechtlichen Situation müsste jedes Jahr im Budget der entsprechende Betrag für das Klimareglement bewilligt werden. Je nachdem wie die Mehrheiten im Stadtrat verteilt sind, ist das sehr unsicher. Jedes Jahr den gleich hohen Betrag in die Spezialfinanzierung zu überführen ist unter Umständen gar nicht notwendig. Eine flexiblere Finanzierung ist vorzuziehen, damit je nachdem welche Massnahmen umgesetzt werden die entsprechenden Mittel aus der Spezialfinanzierung entnommen werden können.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich teile die juristischen Bedenken von Frau Frank. Ich denke in der jetzigen Phase sollten vor allem Ziele im Reglement festgehalten werden. Die Finanzierung ist für einzelne Projekte zu regeln.

Grupp Christoph, Grüne: Die Abgabe auf Strom finde ich keine gute Idee wenn dem Verursacherprinzip treu geblieben werden soll. Der Bieler Strom ist zu 100% erneuerbar. Warum sollte der theoretisch CO₂-neutrale Strom belastet werden? Im Gegensatz zum Strom ist Gas nicht sauber. Auf Erdöl gibt es bereits eine nationale CO₂-Abgabe. Bei grossem Leerwohnungsbestand können MieterInnen durchaus wählen, wie sie wohnen wollen. Ich mache beliebt, dem Vorschlag des Gemeinderats zu folgen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Mein Antrag bezieht die ganze Bevölkerung solidarisch mit ein auch die Firmen würden sich beteiligen. Eine Beteiligung aller an den Kosten für Klimaschutzmassnahmen finde ich sinnvoller als nur die Abgabe auf Gas.

Heiniger Peter, PdA: Die einzig gerechte Finanzierung erfolgt über die Steuern und nicht nach dem Verursacherprinzip. Ich bitte Sie, dem Antrag der Fraktion SP/JUSO zu folgen.

Bohnenblust Peter, FDP: Im Moment werden drei Dinge miteinander verglichen:

1. ESB (Energie Service Biel/Bienne) und Gebühren: Seinerzeit wurde eine Beschwerde eingereicht mit der Begründung, dass die Gebühren eigentlich Gemeindesteuern sind. Die Beschwerde kam nicht durch, da dies nicht klar geregelt ist. Eine zusätzliche Abgabe ist nur sinnvoll, wenn sie verursachergerecht ist.
2. Es geht um das Klimareglement. Darin integriert ist in Art. 10 die Spezialfinanzierung zum Klimaschutz. Normalerweise wird für eine Spezialfinanzierung ein eigenes Reglement geschrieben. Ich beantrage, den Titel des Reglements in «Klimaschutzreglement der Stadt Biel» umzubenennen. Ich empfehle die Ablehnung des vorliegenden Antrags und die Zustimmung zum Entwurf des Gemeinderats.
3. Ich bin grundsätzlich gegen Spezialfinanzierungen. Bei derjenigen zum Klimaschutz jedoch geht es um eine Investition in die Zukunft. Eine überrassene Insellösung für Biel allein sollte jedoch vermieden werden.

Clauss Susanne, SP: Ich stolpere über den Ausdruck «Verursacherprinzip». Die Formulierung im Entwurf des Gemeinderats sieht so aus, als ob alle Klimaschäden vom Gas verursacht würden. Gas trägt jedoch nur einen kleinen Teil dazu bei. Die Abgaben richten sich also gar nicht nach dem Verursacherprinzip. Es gibt nichts sozialeres als Abgaben über Steuern weil sie progressiv sind. Wenn schon von Verursacherprinzip gesprochen wird, ist eine Besteuerung gerechter. Erwiesenermassen verursachen reichere Leute einen grösseren ökologischen Fussabdruck. Ich bitte Sie, den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Wir sind uns einig darüber, dass Klimaschutz etwas kostet. Nichts zu tun kostet aber auch etwas und zwar für alle. Auf Sozialverträglichkeit wird dabei keine Rücksicht genommen. Für den Gemeinderat ist das Verursacherprinzip unbestritten. So bewirkt beispielsweise bei der Wärme mit Gas eine Reduktion um 1 Grad eine Energieeinsparung von 6%. Bekannt ist, dass gutverdienende Personen den grösseren ökologischen Fussabdruck haben. Sie wohnen in grösseren Wohnung und bezahlen mehr Heizungskosten. Eine gewisse Lenkung ist gewollt. Die Abgabe ist nicht besonders hoch und der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese sozialverträglich ist. Schliesslich bezahlen Personen in prekären finanziellen Situationen die Abgabe nicht selber. Die Frage stellt sich, ob die Bereitstellung der finanziellen Mittel notwendig ist. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass heute die Finanzierung der gesetzten Ziele beschlossen werden soll. Die Finanzierung auf später zu verschieben und je nach Budget zu sprechen oder nicht, ist meines Erachtens nicht sehr ehrlich. Jetzt einen entsprechenden Entscheid darüber zu fällen ist richtig. Die Spezialfinanzierung ist nicht das einzige Instrument um die Klimaziele zu erreichen. Der Gemeinderat wird Verpflichtungskredite mit entsprechenden Umweltvorgaben vorlegen. Mit einem Betrag von CHF 500'000 jährlich ist eine vollständige Abdeckung des Klimaschutzes für die ganze Stadt nicht möglich. Das gesamte Handeln der Stadt Biel muss auf die Klimaziele ausgerichtet werden. Frau Augsburger-Brom, die Finanzkompetenz des Stadtrats wird mit der Spezialfinanzierung nicht ausgehebelt.

Frau Tennenbaum beantragt die Abgabe auf dem Stromverbrauch. Der Strom der Stadt Biel ist bereits zu 100% erneuerbar. Momentan fliessen für den Strom 1,3 Rappen pro Kilowatt in die Stadtkasse. Dieser Tarif ist bereits sehr hoch.

Der vorliegende Antrag sieht im Beschlussesentwurf eine Steuererhöhung vor. Diese ist so nicht zulässig. Der Gemeinderat hat das Budget bereits verabschiedet. Der

Antrag ist bei der Budgetdiskussion Ende September zu stellen. Der Gemeinderat fordert Sie auf, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zuerst wird über den Antrag der Fraktion Einfach libres! abgestimmt. Anschliessend wird die über die Streichung der Änderung im Beschlussesentwurf abgestimmt. Am Schluss stimmt der Stadtrat über die verbliebenen Änderungen ab.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Einfach libres!, die Abgaben in Art. 2 Abs. 2 im Beschlussesentwurf für Strom anstelle von Gas zu erheben

Der Antrag wird abgelehnt.

Ordnungsantrag

Koller Levin, JUSO: Ich beantrage, nach der Abstimmung zum Antrag der Fraktion Einfach libres! über den Antrag der SP/JUSO gesamthaft abzustimmen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Dem Antrag von Herrn Koller wird entsprochen.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Nach meinem Verständnis liegen zwei Anträge gegenüber dem Entwurf des Gemeinderats vor. Es gibt einen Antrag mit Steuererhöhung und einen ohne. Von mir aus gesehen sind diese einander gegenüberzustellen. Der Gewinner ist anschliessend dem Entwurf des Gemeinderats gegenüberzustellen.

Rebetez Maurice, Groupe PSR: On n'a jamais dit qu'il fallait supprimer cette augmentation d'impôts. On a dit qu'on n'était pas franchement pour mais sans dire qu'il fallait la supprimer. De notre avis, il est possible de voter l'amendement en une fois.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Bohnenblust reicht einen Ordnungsantrag ein.

Ordnungsantrag

Bohnenblust Peter, FDP: Meiner Meinung nach ist der Antrag auf Steuererhöhung rechtlich gar nicht zulässig. Ich schlage vor, jetzt über den Antrag der Fraktion SP/JUSO abzustimmen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Über den Antrag der Fraktion SP/JUSO wird jetzt abgestimmt.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP/JUSO, Mehrkosten über eine minimale Gemeindesteuererhöhung von einem Hundertstel zu finanzieren

Der Antrag wird abgelehnt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir kommen zum Antrag von Herrn Bohnenblust, im gesamten Dokument die Bezeichnung «Klimareglement» durch «Klimaschutzreglement» zu ersetzen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat unterstützt den vorliegenden Antrag. Die Formulierung «Klimaschutzreglement» ist präziser. Schliesslich geht es um Schutzmassnahmen zum Klimawandel.

Koller Levin, JUSO: Dieser Antrag ergibt keinen Sinn. Das Reglement enthält Klimaschutzaspekte aber vielleicht will der Stadtrat später Massnahmen zur Klimaanpassung darin aufnehmen. Dafür wäre dann ein neues Reglement notwendig.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Bohnenblust, die Bezeichnung «Klimaschutzreglement» anstelle von «Klimareglement» zu verwenden

Der Antrag wird angenommen. Es wird die Bezeichnung «Klimaschutzreglement» verwendet.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Da keine weiteren Änderungsanträge vorliegen, wird jetzt über den Beschlussesentwurf abgestimmt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 10. Juni 2020, gestützt auf gestützt auf Artikel 2, 14 und 40 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Entwurf des Klimaschutzreglements der Stadt Biel (SGR 821.1) wird mit Änderungen genehmigt. Es tritt am 1.1.2021 in Kraft.
2. Die Änderung von Artikel 45bis des Reglements für das selbständige Gemeindeunternehmen Energie Service Biel/Bienne (ESB) vom 14. Dezember 2011 (SGR 741.1) wird, **unter Vorbehalt des fakultativen Referendums**, wird mit 37 Ja- und 12 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen wie folgt genehmigt:

Art. 45^{bis}

¹ (unverändert)

² Der ESB bezahlt der Stadt Biel eine Abgabe von 0.2 Rappen pro Kilowattstunde der aus dem Verteilnetz des ESB an die Endkundinnen und -kunden in der Stadt Biel ausgespiessenen Energie aus nicht erneuerbarem Gas (Erdgas) zugunsten der Spezialfinanzierung«Klimaschutz». (neu)

- ³ Er belastet die Aufwendungen nach Absatz 1 und 2 als Leistung an das Gemeinwesen den Kundinnen und Kunden der Gasversorgung als Bestandteil der wiederkehrenden Gebühren (Bestandteil des Netznutzungsentgelts). (angepasst)

Die Änderung tritt am 1.1.2021 in Kraft.

3. Die überparteiliche Motion 20190013, Levin Koller, JUSO, Myriam Roth, Grüne, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne «Mit einem Klimareglement das Pariser Klimaabkommen in der Stadt Biel umsetzen» wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Das Postulat 20190088, Urs Scheuss, Grüne, «Klimaschutz als Querschnittsthema» wird als erfüllt abgeschrieben.

Sitzungsunterbruch: 19.50 Uhr - 20.20 Uhr

137. 20200216 Fundament-, Fassaden- und Innensanierung Museum Neuhaus / Investitionsbeitrag / Verpflichtungskredit

Frank Lena, GPK: Wie bei der Erklärung der GPK zu Beginn der heutigen Sitzung erwähnt, wurden die zusätzlich verlangten Unterlagen zum vorliegenden Geschäft eingereicht, entsprechend konnte die GPK den vorliegenden Verpflichtungskredit prüfen. Die Statik der Liegenschaft hat sich aufgrund von Grundwasserabsenkungen massiv verschlechtert. Aus diesem Grund kamen Risse in der Fassade zum Vorschein auch lassen sich Türen und Fenster teilweise nicht mehr öffnen. Die Sofortmassnahmen 2013 wurden zur Stabilisierung unternommen. Diese reichen jedoch heute nicht mehr aus. Der Stiftungsrat des Museums hat deshalb das vorliegende Projekt ausgearbeitet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf CHF 1,715 Mio. Eine subsidiäre Beteiligungszusage des Kantons über CHF 143'000 liegt bereits vor. Dieser Betrag ist abhängig von der heute im Stadtrat beschlossenen Gesamtsumme. Tiefere Gesamtkosten würden auch einen tieferen Kantonsbeitrag nach sich ziehen. Die Museumsstiftung leistet einen Beitrag von CHF 425'000. Das Projekt ist in der städtischen Investitionsplanung in 3. Priorität mit CHF 1,75 Mio. aufgeführt. Zudem ist vorgesehen, dass die Finanzdirektorin innerhalb der Bauherrschaft Einsitz nimmt. Die GPK hat darüber diskutiert, wieso die Stadt eine private Liegenschaftsbesitzerin finanziell unterstützen sollte. Das Museum ist jedoch quasi das Stadtmuseum und sehr wichtig für Bevölkerung und Schulen. Das Gebäude ist ausserdem denkmalgeschützt und gehört in das Stadtbild. Das ehemalige Gebäude des Museums Schwab befindet sich bereits in Stadtbesitz. Die GPK sieht durchaus gute Gründe, wieso die Stadt die Finanzierung des vorliegenden Projekts leisten sollte und empfiehlt deshalb das Geschäft zur Annahme.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Auch die Fraktion GLP+ hat wie die GPK über die städtische Finanzierung eines Projekts in Privatbesitz diskutiert. Die Fraktion GLP+ beunruhigt, dass keine Kriterien seitens der Stadt vorhanden sind. Bei diesem Gebäude überwiegt das öffentliche Interesse sowohl als Ort als auch inhaltlich. Die starken Schwankungen des Grundwasserspiegels sind besorgniserregend. Die Fraktion GLP+ ist überzeugt, dass uns dieses Problem über die nächsten Jahre hinaus begleiten wird. Die Genehmigung des vorhin diskutierten Klimaschutzreglements ist

deshalb sehr sinnvoll. Trotz dieser Bedenken wird die Fraktion GLP+ dem vorliegenden Verpflichtungskredit zustimmen.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Ich konnte vor Ort feststellen, dass das Museum Neuhaus sanierungsbedürftig ist. Risse in der Fassade machen eine rasche Sanierung notwendig. Die Klimaerwärmung ist wahrscheinlich der Hauptgrund für die Absenkung des Grundwasserspiegels. Ob die Sanierung langfristig genügt, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Voraussichtlich senkt sich der Grundwasserspiegel weiter ab. Die Beschäftigung mit dem Klimaschutz ist dringend notwendig. Zum Glück hat der Stadtrat soeben das Klimaschutzreglement genehmigt. Gerade am vorliegenden Beispiel wird jedoch klar, dass uns Klimaschäden in Zukunft immer mehr kosten werden. Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass die Sanierung von Fundament, Türen, Fenster und Innenbereich absolut notwendig ist. Im Bereich des Fundaments soll eine Zweikomponentenmischung eingespritzt werden was für die Gebäudestabilität sorgt. Die Stadt Biel wird einen Teil der Kosten tragen, der Kanton und die Stiftung Neuhaus werden einen finanziellen Anteil übernehmen. Die Fraktion SP/JUSO wird dem Geschäft zustimmen.

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Das Klimaschutzreglement kommt für dieses Gebäude zu spät. Die Schwankungen im Grundwasserspiegel führen zu Problemen. Die sichtbaren Fassadenrisse sind das Eine, das Andere, dass die gesamte Fassade schief steht. Die Gebäude sind historisch bedeutsam für die Stadt. Sie sind Teil des ältesten Fabrikkomplexes in Biel, als vor mehr als 200 Jahren die Indienne-Industrie blühte. Die Geschichtsvermittlung ist anhand solcher Objekte leichter verständlich zu machen. Das Gebäude ist Teil des Neuen Museums und strahlt mit seinen Ausstellungen über die Stadt hinaus. Für die Renovation wurden unterschiedliche Massnahmen geprüft. Mit der Einspritzung von Kunstharz ist der Eingriff in den Boden, den Garten und das Gebäude relativ gering. Kunstharz soll aus ökologischen Aspekten harmlos sein. Mit jedem Franken, den die Stadt investiert, steuert der Kanton einen Beitrag bei. Die Finanzierung ist deshalb gut investiertes Geld. Die Fraktion Grüne wird dem Entwurf des Gemeinderats zustimmen. Die Sanierung soll möglichst rasch angepackt werden um zusätzliche Schäden an den Gebäuden zu verhindern.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: La séance d'information du 31 août 2020 a largement démontré l'importance et l'urgence de prendre des mesures nécessaires dédiées au bâtiment abritant le Musée Neuhaus. Il suffit d'observer cette bâtisse depuis le jardin pour constater les dégâts. De plus, les mesures effectuées dernièrement montrent bien que son affaissement se poursuit inexorablement. Actuellement, certaines portes et fenêtres ne peuvent même plus être ouvertes. Les causes de cet affaissement semblent également connues et sont liées aux variations de la nappe phréatique et à la nature même du sol. Il est donc nécessaire d'intervenir afin d'isoler et de sauver ce magnifique bâtiment historique. Du moment que le Canton a accordé une subvention significative mais liée à la participation de la Ville, il est important, voire obligatoire d'accorder les 647'000 fr. nécessaires. Le Groupe PSR vous recommande donc d'accepter ce crédit d'engagement.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Ich lege meine Interessenbindung offen, welche auch auf der Internetseite des Stadtrats publiziert ist: Ich bin Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Charles Neuhaus. Den Äusserungen der GPK-Sprecherin bleibt nichts hinzuzufügen. Ich bringe

nur einen zusätzlichen Hinweis an. Die Stadt Biel wird im Stiftungsrat durch die Vizepräsidentin, Frau Pittet vertreten. Die Sanierungsmassnahmen sind absolut notwendig. Der Grundwasserspiegel schwankt und dadurch trocknen die Torfschichten aus und werden ausgeschwemmt. Als Folge davon senkt sich das Gebäude ab. Die Verantwortung für die Umbauarbeiten trägt die Stiftung. Die Stadt wird durch die Finanzdirektion vertreten und in das verantwortliche Umbaugremium einbezogen. Der Stiftungsrat hat vorab bereits die Möglichkeit einer Beteiligung des Kantons abgeklärt. Heute muss der Stadtrat nicht den ganzen Betrag von CHF 1,7 Mio. sprechen sondern nur über CHF 647'000 befinden. Die Stiftung trägt CHF 425'000 bei. Dieser Beitrag war nicht vorhanden sondern wurde bei anderen Stiftungen und Privaten beschafft.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Das Gebäude ist in einem katastrophalen Zustand, Türen und Fenster lassen sich nicht mehr öffnen. Die im Bericht des Gemeinderats vorgeschlagenen Massnahmen lassen in der Fraktion SVP/Die Eidgenossen Zweifel aufkommen. Sind die Massnahmen nachhaltig und nicht bloss Pflästerchen? Nach Auskunft der zuständigen Stelle sollte mit der Sanierung die Nutzung des Gebäudes für weitere 60 Jahre gewährleistet werden. Die Stiftung selber bringt rund einen Viertel der Gesamtsumme auf was sehr begrüssenswert ist. Die Stadt Biel hat somit noch rund ein Drittel der Gesamtkosten zu tragen. Eine Ablehnung des vorliegenden Verpflichtungskredits würde den Zustand weiter verschlimmern. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird das Projekt unterstützen.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! wird dem Geschäft zustimmen. Die Fraktion stellte sich folgende Frage: Seit 2012 gibt es den Leistungsvertrag zur Finanzierung mit Beteiligung von Kanton und Gemeindeverband Kulturförderung Biel-Seeland-Berner Jura. Hätte jetzt im Falle der Sanierung nicht eine Beteiligung gemäss Verteilschlüssel von Kanton und Gemeindeverband eingefordert werden können?

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le besoin d'assainissement n'est plus à prouver. Le Musée Neuhaus est important pour Bienne. La connaissance de notre histoire est la base pour construire notre avenir. La Ville doit soutenir la Fondation Neuhaus dans cette oeuvre. Le Groupe PRR soutient le projet.

Gugger Reto, Fraktion FDP: Ich habe eine Frage zur umfangreichen Beilage zum Bericht des Gemeinderats. Für Fassadenarbeiten wurden 2019 CHF 319'000 veranschlagt. Auf dem Baugesuch von 2018 sind CHF 450'000 für die Fundamentssanierung aufgeführt. Gemäss dem Bericht des Gemeinderats kostet heute die Fundamentssanierung CHF 971'000. Das ergibt eine Differenz von CHF 621'000. Bevor ich abschliessend über das Geschäft befinden kann, möchte ich vom Gemeinderat wissen, auf was die Kostensteigerung von 200% zurückzuführen ist.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je défends ce dossier à la place de Madame Steidle. Ceci, non sans raison puisque le dossier a été préparé en collaboration étroite entre la Direction des finances et celle de la culture. Cette dernière avait d'ailleurs placé dans le plan d'investissement les sommes nécessaires à cette stabilisation du Musée Neuhaus. Les deux raisons très importantes de soutenir ce projet, que vous avez aussi relevées, sont le rôle très important du musée dans le paysage culturel de notre Ville mais aussi le soutien à accorder à notre patrimoine puisque le bâtiment Neuhaus, sur l'ensemble du Faubourg du Lac, est

évidemment un élément important. Cette infrastructure est construite sur l'eau uniquement. Normalement ce genre de construction est faites sur pilotis.

Les fluctuations climatiques influent sur l'eau qui se trouve sous le bâtiment. Ce dernier est en train de s'incliner en direction du sud-est. Il est donc important voire urgent de stabiliser ce bâtiment. Il faut aussi souligner l'engagement très important de la Fondation Neuhaus. Le Conseil de fondation s'engage très sérieusement sur ces questions. Ils ont été des partenaires très fiables afin de trouver des solutions techniques et financières à cette situation. Il faut remercier cette fondation et son Conseil de fondation pour son engagement incroyable. C'est quelque chose de très important pour la Ville.

Je comprends les nombreuses questions sur le financement des infrastructures culturelles. Il y a un dossier qui concerne ce financement et qui explique comment cela se passe. Il y a eu d'importants débats autour de la rénovation du Palace et du Théâtre Nebia, qui est une infrastructure qui appartient à la Ville. Il y a aussi d'autres infrastructures qui ont été transférées à des fondations. C'est le cas des infrastructures du Musée Schwab mais aussi du Musée Neuhaus. On a cru à l'époque que ce type de transfert était la solution rêvée car cette fondation s'occuperait de tout. La réalité montre que ce n'est pas le cas. On le voit maintenant avec le Nouveau Musée Bienne mais cela va se reproduire avec le Centre Pasquart et d'autres encore. Ce dossier concernant le financement est donc déjà en train d'être discuté avec le Canton car cela concerne l'ensemble des infrastructures cantonales. Il n'y a aucune règle qui dirige le cadre du financement ou du soutien aux infrastructures culturelles du Canton de Berne. Chaque décision est prise au coup par coup.

Il faut absolument que nous arrivions à clarifier, dans le cadre de la Loi sur l'encouragement des activités culturelles (LEAC; RSB 423.11), le financement public des infrastructures culturelles, qu'elles appartiennent à une commune ou qu'elles soient gérées par ou propriétés d'une fondation. La Ville de Bienne, elle-même, a des règles totalement différentes. Le financement du Palace n'a rien à voir avec le financement que nous discutons ce soir. L'objectif que nous nous sommes fixées avec les partenaires dans le cadre des contrats de prestations est d'avoir pour la prochaine période des règles plus précises qui permettent de savoir quelles sont les parts que prennent les communes, le Canton et les fondations. Ce travail est titanesque car chaque institution a une histoire et donc un financement particulier. Il est parfois difficile et pas seulement en temps de COVID, de savoir comment fonctionne le Canton de Berne. En l'occurrence, tout à coup le Canton dit qu'il faut s'inspirer du financement LEAC (art. 19 al. 1) pour essayer de définir ce qu'on doit faire. Toutefois, je ne vois pas dans cette loi une disposition qui prévoit que pour les infrastructures culturelles on applique le financement 50/40/10. Cette loi prévoit seulement le financement des activités culturelles. En même temps, si le Canton prévoit de participer à hauteur de 40% pour toutes les infrastructures culturelles à Bienne, cela pourrait être intéressant d'entrer en matière. Nous allons devoir clarifier ce point afin de répondre précisément à la question de la participation des communes. Dans ce dossier, nous n'avons pas sollicité les communes avoisinantes car je ne souhaiterais pas que la Ville soit sollicitée pour les rénovations de toutes les infrastructures culturelles de la région.

Pour ma part, je ne peux pas improviser une réponse à la question très tardive de Monsieur Gugger. Je ne sais pas si les représentants du Conseil de fondation Neuhaus peuvent le faire car je vois que des débats sont en cours.

Bohnenblust Peter, FDP: Soviel ich weiss, kam nachträglich ein weiteres Gebäude mit Sanierungsbedarf hinzu. Aufgrund der grösseren Fläche ergibt sich dadurch eine Erhöhung des Gesamtbetrags. Frau Tennenbaum, anderweitige finanzielle Mitbeteiligungsmöglichkeiten wurden abgeklärt. Der Gemeindeverband Kulturförderung beteiligt sich an Projekten und nicht an Gebäudesanierungen.

Ordnungsantrag

Gugger Reto BDP: Ich entschuldige mich dafür, mein Anliegen erst jetzt vorzubringen. Ein zusätzliches Gebäude kann nicht eine derart hohe Kostensteigerung verursachen. Ich persönlich habe ein ungutes Gefühl dabei, den Verpflichtungskredit ohne weiterführende Unterlagen zu genehmigen. Ich beantrage **einen Sitzungsunterbruch von 5 Minuten**, um das weitere Vorgehen abzusprechen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich schlage vor, die Beratung zum vorliegenden Geschäft zu unterbrechen und an der Sitzung von morgen weiterzuführen. Ich bitte die Ratsmitglieder, die Geschäfte vorgängig zu prüfen und die Fragen rechtzeitig vor der Sitzung zu stellen.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Monsieur Gugger vient à la dernière seconde avec des chiffres qui sont autant étonnants qu'absurdes. Nous proposons que le Conseil de ville puisse voter ce crédit et nous apporterons ensuite les réponses à Monsieur Gugger plus tard afin de le tranquilliser. Il est tout à fait en droit de s'abstenir de voter mais j'estime que le Conseil de ville peut prendre une décision, ce soir, sur ce dossier.

Bohnenblust Peter, FDP: Bei der vorliegenden Sanierung sind zwei Dinge zu unterscheiden: In der ersten Phase wird die Unterfangung des Hauses gemacht. Dabei wird Kunststoff eingespritzt und zwei Jahre gewartet um die Stabilität sicherzustellen. Erst danach werden die notwendigen Reparaturen im Gebäudeinnern vorgenommen. Wenn ich mich nicht täusche, betreffen die Zahlen im Baugesuch nur die erste Phase. Für die zweite Phase ist wahrscheinlich kein Baugesuch notwendig, da diese Arbeiten nur den Innenausbau betreffen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Frage scheint legitim. Ich mache beliebt, die Beratung zu unterbrechen und morgen nach Vorliegen der Beantwortung weiterzuführen oder sofort über den Verpflichtungskredit abzustimmen. Zuerst wird jetzt über den Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch abgestimmt.

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 01.07.2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. An die Fundament-, Fassaden- und Innensanierung Museum Neuhaus wird der Stiftung Neuhaus ein Investitionsbeitrag und damit ein Verpflichtungskredit Nr. 41000.0007 in der Höhe von CHF 647'000 bewilligt.
2. Der Investitionsbeitrag wird vorbehältlich der Genehmigung resp. Entrichtung der folgenden Mittel gesprochen:

Eigenmittel Stiftung Charles Neuhaus	CHF 425'000.00
GVB Stiftung für Prävention und nicht versicherte Gebäudeschäden	CHF 30'000.00
Denkmalpflege Kanton Bern	CHF 60'019.00
Objektkredit Kanton Bern	CHF 553'000.00

3. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
4. Als Bauherrin tritt die Stiftung Neuhaus auf; sie ist gegenüber der Einwohnergemeinde Biel zu verpflichten, das Bauvorhaben gemäss vorliegendem Projekt zu realisieren und in den baubegleitenden Gremien eine Vertretung der Einwohnergemeinde Biel aufzunehmen.
5. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

138. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200288, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, «Terrassen und E-Trottinette... Kohabitation oder Kollision?»

Rebetez Maurice, PSR: Tout est dans le titre «Terrasses et trottinettes électriques, cohabitation ou collision!» L'urgence est toute simple. Il y a des restaurants qui ont pignon sur rue à la rue du Marché mais il y a aussi un trottoir, enfin ce qui y ressemble et les terrasses se trouvent au milieu de cela. Il y a risque de collision lorsque les serveurs passent pour servir une table. Il est donc urgent d'intervenir avant qu'il y ait un accident. L'urgence est de trouver une mesure permettant la cohabitation entre trottinettes et restaurants.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

139. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200285, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Wie spät ist es?»

Vlaiculescu-Graf Christiane, PSR: L'urgence est dû au fait que c'est un problème actuel qui ne peut être reporté aux calanques grecques.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

140. Dringliches Postulat 20190423, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Für eine klare und transparente Strategie im Verkehrsbereich»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Nous remercions le Conseil municipal de sa réponse de deux pages à notre postulat urgent. Je dois vous dire que nous sommes surpris de cette réponse car elle ne répond pas à la question posée. Certes, la stratégie globale de mobilité (SGM) a été adoptée par le Conseil de ville en décembre 2014 et une stratégie globale a été élaborée pour les années 2018-2040. Le concept SGM repose certainement sur une logique, ne serait-il pas utile de montrer quel effet a telle intervention et cela sur toute la circulation en Ville? Permettez-moi de citer la séance d'information intéressante du 24 août 2020 concernant les mesures d'accompagnement où on nous a signalé qu'une conférence de presse aurait lieu et que toutes les informations seraient mises sur internet. Mais cela concerne bien sûr la qualité de vie à Bienne et la question de l'information se pose. Les mesures concernant toute la Ville de Bienne ne devraient pas être comprises par la majorité des habitants. Pour les responsables, les mesures prises semblent évidentes mais pour la population cela ne semble pas être le cas. Ne peuvent-ils pas ou ne veulent-ils pas informer? Il est dit que le Conseil municipal est conscient des attentes élevées de la population en ce qui concerne l'information relative aux différents projets. Dans les faits, la population reste sur sa faim, ce qui tendrait à démontrer l'importance de l'information et de la façon de la faire. Certes, une décision qui satisfasse tout le monde me paraît illusoire mais tout a-t-il été fait pour répondre le mieux possible aux attentes? Le Groupe PSR est surpris car la réponse, comme je l'ai déjà dit, ne semble pas être la réponse à la question formulée. Nous ne pouvons donc pas soutenir la proposition faite par le Conseil municipal d'adopter ce postulat et de le rayer du rôle.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Für diesen Vorstoss bin ich sehr dankbar, denn es besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Die Fraktion Grüne wird das Postulat erheblich erklären und nicht abschreiben. Zu den verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) für den Ostast gibt es bereits Widerstand. Beim Westast werden ebenfalls vfM versprochen und diese werden, falls es zur Umsetzung kommt, ebenfalls wieder bekämpft. Im Rahmen der Beratung zur Revision der Stadtordnung werde ich vorschlagen, eine Verkehrskommission einzuberufen damit wäre Kontinuität sichergestellt.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat das vorliegende Postulat diskutiert und ist der Meinung, dass der Gemeinderat die Forderung erfüllt hat. Wir werden deshalb dem Gemeinderat folgen und das Postulat erheblich erklären und als erfüllt abschreiben.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird den Antrag des Gemeinderats unterstützen. Die Strategie ist klar Aufgabe des Gemeinderats. Die Frage bleibt, wie er die Institutionen bezieht. Werden diese nur informiert oder wirken sie in der Diskussion mit? Eine Mitwirkung der Interessenvertretungen und anschliessende Ablehnung der Vorschläge wird allgemein Frustration hervorrufen. Es

gibt eigentlich bereits eine Verkehrskommission, zwar keine stadträtliche aber ein Organ für Verkehrsfragen, welches früher Verkehrskommission hiess. Leider werden vor der Besprechung keine Akten zugestellt. Mittlerweile besteht jedoch die Möglichkeit, vorgängig die Pläne zu konsultieren. Ich wiederhole meine Forderung auf eine verbesserte Akteneinsicht.

Scheuss Urs, Grüne: Herr Bohnenblust, das vorberatende Organ richtet sich nicht an politische Parteien sondern Verbände. Kollege Bohnenblust vertritt im Organ für Verkehrsfragen den TCS und ich den VCS. Ich nehme meine Aufgabe in diesem Gremium nicht als Parteivertreter sondern als Vertreter eines Fachverbandes wahr. Im Stadtrat gäbe es noch die A5-Kommission. Wann diese das letzte Mal getagt hat weiss ich nicht. Aufgrund ihrer Bezeichnung beschäftigt sie sich aber nur mit einer Autoumfahrung. Ich wünsche mir jedoch eine echte vorberatende Kommission für Verkehrsfragen.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat den Vorstoss diskutiert. Die Postulantin hat ihre Gründe für die Nichtabschreibung genannt. Vieles bleibt noch offen. Mehrheitlich wird die Fraktion SP/JUSO dem Antrag der Fraktion PSR folgen und den Vorstoss nicht abschreiben.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Debatte zeigt ein Problem auf, nämlich die Vermischung zwischen Strategie und Ausführung. Die strategische Ebene ist klar, die Städteinitiative wurde mit dem Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 7.6-1) umgesetzt und in die Gesamtmobilitätsstrategie eingegossen. Der Gemeinderat ist nun dabei, die einzelnen Sachpläne zu erstellen. Der Sachplan Velo steht im Moment beim Mitwirkungsverfahren. Zu jeder Etappe wird die Öffentlichkeit informiert. Die Abstimmungsergebnisse sowie die politische Mehrheit in der Stadt weisen auf eine Unterstützung der Strategie hin. Mit der Strategie sind alle einverstanden weil sie nicht konkret in die eigene Zufahrt, den Arbeitsweg oder die Parkierungsmöglichkeiten eingreift. Nach der Strategie kommen die einzelnen Ausführungsprojekte und damit Einbahnstrassen oder Ampeln und dann wird reklamiert. Die Umsetzung der Strategie betrifft Autofahrende, Velofahrende und Fussgänger konkret und ruft Reaktionen hervor. Die politischen Mehrheiten und die Verbände, welche mit der Strategie einverstanden sind, sollten diese auch mittragen, wenn Widerstand entsteht. Die einzelnen Massnahmen folgen einer Strategie und einer Logik, nämlich mehr Platz für Menschen und damit mehr Lebensqualität zu schaffen. In erster Linie soll der städtische Verkehr den öffentlichen Verkehrsmitteln, Velos und Fussgängern gerecht werden und ergänzend dazu dem motorisierten Individualverkehr (MIV). Wenn Sie den vorliegenden Vorstoss nicht abschreiben, wird sich an der Strategie nichts ändern.

Der Verweis auf das beratende Organ für Verkehrsfragen ist hier fehl am Platz. Dieses Gremium wirkt bei der strategischen Verkehrspolitik nicht mit. Das Organ hat die Aufgabe, verkehrsrelevante Projekte zuhanden des Gemeinderats vorzuprüfen. Die verschiedenen Interessenvertretungen werden auf der strategischen Ebene miteinbezogen. Ich empfehle Ihnen, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. Einzelne Verkehrsmassnahmen mögen im Gesamtkonzept stimmen, führen aber in der Umsetzung zu Verwerfungen. Wenn eine Durchfahrt geschlossen wird, nervt das immer. Da nützt das beste Kommunikationskonzept nichts.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Ich verstehe die Postulantin. Im zweiten Teil ihrer Forderung steht: «...*comprenant des solutions en matière de consultation de la population et du Conseil de ville, ...*» Es geht darum, bei einer Strategieentwicklung nicht nur die Verbände sondern auch die Bevölkerung miteinzubeziehen. Dieser wesentliche Punkt ihrer Forderung ist nicht erfüllt. Herr Stadtpräsident Fehr hat soeben gesagt, dass bei der Entwicklung der Strategie weder Stadtrat noch Bevölkerung mitzuwirken haben. Dass anschliessend bei den einzelnen Umsetzungsprojekten die Leute auf die Barrikaden gehen, ist logisch. Ist der politische Wille für eine Mitwirkung bei der Entwicklung der Strategie vorhanden oder nicht? Das ist die zentrale Frage des Vorstosses. Aus meiner Sicht muss eine Mitwirkung von Parlament und Bevölkerung sein. Ich bitte Sie deshalb, das vorliegenden Postulat nicht abzuschreiben.

Briechle Dennis, GLP: Auch ich bringe dem Anliegen grosse Sympathie entgegen. Der Stadtpräsident hat ausgeführt, dass der Gemeinderat bei der Einführung von konkreten Massnahmen aufgrund der festgelegten Strategie immer wieder kritisiert wird. Ich bin mit ihm einig, dass die politische Mehrheit diese Strategie mitträgt. Er wünscht sich jedoch mehr Unterstützung bei den konkreten Massnahmen. Ich verstehe, dass solche Situationen frustrierend und schwierig sind. Ich denke aber, das Problem kommt daher, dass die Massnahmen halt einfach von oben her verfügt und nicht in einer Konsultation und Partizipation entwickelt werden. Der vorliegende Vorstoss wäre eigentlich die Lösung, um diesen Frust und Ärger abzubauen. Eine Forderung des Postulats betrifft die Strategie. Der Stadtpräsident hat richtig gesagt, dass die Stadt eine Gesamtmobilitätsstrategie hat. Der zweite Punkt betrifft jedoch die Konsultation von Bevölkerung und Stadtrat und als dritten Punkt ist die Kommunikation anzuführen. Bei beiden letzten Punkten bin ich der Meinung, dass Verbesserungspotential besteht. Eine breite Mitwirkung wäre eine Hilfe für den Gemeinderat denn damit könnten die einzelnen Projekte letztlich mit weniger Widerstand realisiert werden. Der Stadtpräsident hat angemerkt, dass die Strategie von der Bevölkerung unterstützt wird. Deren Einbezug würde demnach in Sinne der städtischen Strategie ausfallen. Ich werde dem Antrag der Fraktion PSR zustimmen.

Augsburger-Brom Dana, SP/JUSO: Eine Strategie muss mit Inhalten gefüllt werden. Anliegen sollten jederzeit geäussert werden können. Die Mitsprache sollte nicht als Vorwurf sondern als Unterstützung betrachtet werden. Mit der Erheblicherklärung wird die Forderung des Postulats ernst genommen und muss nun erfüllt werden. Ich werde den Antrag der Fraktion PSR unterstützen.

Loderer Benedikt, Grüne: Die Äusserungen der VorrednerInnen klingen, wie wenn es eine strategische Planung von unten geben und eine Volksbefragung alle Verkehrsprobleme lösen würde. Die Bevölkerung hat bei Verkehrsfragen entweder eine Parteimeinung oder keine. Eine eigene Meinung bildet sich nur dort, wo die Auswirkungen vor der eigenen Haustür sichtbar sind. Sie können Partizipation verlangen, melden werden sich jedoch nur die Vertretungen der vorgefassten Parteimeinungen. Seien Sie doch nicht so naiv und blauäugig!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Vorstoss spricht von: «... *une stratégie claire et globale des plans de circulation...*» Damit ist ganz klar die strategische Ebene gemeint. Diese Forderung des Vorstosses ist erfüllt.

Frau Tennenbaum, Sie haben mir Äusserungen in den Mund gelegt, die ich so nicht gesagt habe. Die Strategien und Sachpläne sind am Schluss behördenverbindliche Richtpläne und damit unter öffentlicher Mitwirkung. Dieses Verfahren ist sehr einfach und alle können ihre Meinung einbringen ohne Einsprache machen zu müssen. Organisationen, politische Parteien, BürgerInnen, alle sind eingeladen mitzumachen. Sie sprechen von der Kommunikation zu Ausführungsprojekten, diese spielen sich aber auf einer anderen Ebene ab. Dabei geht es um die konkreten Umsetzungsprojekte. Die Rolle des beratenden Organs für Verkehrsfragen habe ich Ihnen vorhin bereits erklärt. Der Stadtrat fordert nun einen stärkeren Einbezug des Parlaments, er will eine «Lex specialis» für Verkehrsprojekte. Diese Forderung ist im Rahmen der Revision der Stadtordnung und der Geschäftsordnung des Stadtrats zusammen mit dem Gemeinderat zu diskutieren. Hinzu kommt die Frage, warum bei einem politischen Thema andere Instrumente angewendet werden sollten als in anderen Bereichen. Üblicherweise wird mit definierten parlamentarischen Instrumenten gearbeitet. Diese Instrumente sind für alle parlamentarischen Themen gleich. Wenn Sie hier einen Schritt weitergehen wollen, empfehle ich Ihnen, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. In der Diskussion wird von zwei Ebenen gesprochen. Ich habe verstanden, dass die Mitwirkung zu einzelnen Projekten gefordert wird und nicht zur Gesamtstrategie. Herr Loderer hat vorhin erklärt warum. Den vorliegenden Vorstoss hat der Gemeinderat beantwortet und er kann abgeschrieben werden. Konkrete Anliegen können Sie in einem neuen, entsprechend ausgestalteten Vorstoss einreichen oder im Rahmen der Diskussion um die Totalrevision der Stadtordnung.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

141. Dringliches Postulat 20190421, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Moratorium von verkehrsflankierenden Massnahmen bis der Westast realisiert wird»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: 2015 wurde über die Umgestaltung des Bieler Bahnhofplatzes abgestimmt. Die Vorlage verlangte, den Bahnhofplatz vom Autoverkehr zu befreien. Das Stimmvolk hat die Vorlage mit über 61% abgelehnt. Heute, fünf Jahre später, kommt der Gemeinderat mit einer Teilspernung der Bahnhofstrasse und verweist auf einen erheblich erklärten Vorstoss, welcher einen autofreien Bahnhofplatz verlangt (20170162 «Autofreier Bahnhofplatz»). Der Entscheid der Stimmbevölkerung ist aber sicherlich höher zu gewichten. Im Hinblick auf die Realisierung des Westasts - wobei unklar ist, wie und ob er überhaupt ausgeführt wird - sind solche Massnahmen verfrüht. Sie führen nur eine oder zwei Strassen weiter zu Stau. Verkehrspolitisch ist die Notbremse zu ziehen. Voreilig

massive verkehrliche Massnahmen zu treffen ist nicht sinnvoll, da noch nicht feststeht, wie sich die Verkehrssituation nach der Realisierung des Westasts verändert. Jetzt gilt es abzuwarten und die künftigen Verkehrsströme zu beobachten. Eine Teilspernung von Strassen oder Einführung einer Tempo-30-Zone wie bei der Reuchenettestrasse ärgert die Leute. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Steinmann Fraktion SP/JUSO: Das vorliegende Postulat verlangt die Aussetzung aller verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM). Die bisher eingeführten vfM betreffen jedoch den Ostast. Um die Quartiere zu entlasten, sind diese wichtig. Frau Schneider möchte vor allem die Teilspernung der Bahnhofstrasse verhindern. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt dieses Vorhaben jedoch. Die Teilspernung der Bahnhofstrasse dient der Mehrheit der Verkehrsteilnehmenden. In einem Auto, welches vor einem Fussgängerstreifen mit über 20 Passanten wartet, sitzen eine oder zwei Personen. Eine Sperrung für Motorfahrzeuge ist eigentlich sinnvoll. Im vorliegenden Postulat geht es nicht nur um die Teilspernung der Bahnhofstrasse. Es geht um sämtliche vfM auf Gemeindegebiet. Punkt zwei des Postulats fordert, dass bestehende und geplante Massnahmen bis auf weiteres aufgehoben, respektive zurückgestellt werden. Diese Forderung ist nicht nur verheerend, sie ist illegal. Die vfM gehören zur Realisierung des A5-Ostasts. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt einstimmig den Antrag des Gemeinderats und lehnt das Postulat ab. Eine Erheblicherklärung würde die Stadt verkehrlich destabilisieren.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Pour répondre à mon préopinant, je ne comprends pas de la même manière le contenu du postulat. La formulation de la question concrète doit être faite en fonction des motifs fournis. Personnellement, je lis de ces motifs qu'il s'agit des mesures d'accompagnement de la Branche ouest et non pas de celles de la Branche est qui, sont déjà réalisées en grande partie. Est-ce que les mesures prises dans le quartier de la gare sont une mesure d'accompagnement de la Branche ouest? Je ne saurais vous le dire car je ne connais pas le détail des mesures prévues. Toutefois, il s'agit d'une mesure de circulation qui est prise dans un quartier. Une certaine partie de ce Conseil de ville, moi-même et une partie de la population sommes effectivement surpris de cette mesure et nous nous y opposons. La discussion préalable était très intéressante car il en est ressorti que tout le monde semble être d'accord sur l'orientation globale d'une politique en matière de circulation. J'ai eu l'occasion ici de mettre en doute cela en me basant sur une réglementation communale qui contredit cela. Je rappelle que la mesure de circulation est de la compétence du Conseil municipal, qu'elles soient ou non des mesures d'accompagnement. Il est possible pour la population d'intervenir lors de la publication de la mesure en déposant une opposition. On peut voir qu'il y a un consensus pour supprimer le plus possible le trafic motorisé du centre de la Ville. Toutefois, on sait aussi qu'une bonne partie du Parlement, dont moi également, estime que ce trafic motorisé fait partie du Centre-Ville. Il s'agit d'une opinion politique que nous défendons. Si vous mettez cette mesure de circulation dans le quartier de la gare sur le compte des mesures d'accompagnement, notre groupe ne peut malheureusement pas vous suivre. La procédure d'opposition à ce sujet est en cours et le Parlement ne peut imposer quoi que ce soit sur ce point au Conseil municipal. Pour toutes ces raisons, le Groupe PRR se doit de soutenir l'avis du Conseil municipal.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich denke, die Forderung des vorliegenden Postulats unterliegt einigen Irrtümern. Es werden Sachverhalte

vermischt, die nichts miteinander zu tun haben. Der Ausgangspunkt sind die Massnahmen am Bahnhof. Die Postulantin geht davon aus, dass dies eine vfM ist und mit dem Westast zusammenhängt. Die vfM haben keine Auswirkungen die Situation am Bahnhof. Die bereits realisierten vfM rückgängig zu machen ist nicht möglich. Zum Westast werden keine vfM umgesetzt solange dieser weder geplant noch realisiert ist. Herr Steinmann hat richtig bemerkt, dass im Zusammenhang mit dem Ostast eine Verpflichtung zur Umsetzung der vfM besteht. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

142. Überparteiliches Postulat 20190343, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, Paronitti Maurice, Fraktion PRR, Gonzalez Glenda, Fraktion PSR, Wiher Max, Fraktion GLP+, Scheuss Urs, Fraktion Grüne, Molina Franziska, EVP, Gugger Reto, BDP, Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP, «Verkehrlich flankierende Massnahmen im Mühlefeld optimieren»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, Punkt 1 sowie 3 bis 5 des Postulats erheblich zu erklären und Punkt 2 nicht erheblich zu erklären.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Durch die Eröffnung des A5-Ostasts mussten verkehrlich flankierende Massnahmen (vfM) im Mühlefeldquartier umgesetzt werden. Das Quartier wurde durch die Massnahmen in eine Nord- und eine Südseite aufgeteilt. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) gelangt heute fast nicht mehr vom Nord- in den Südteil und umgekehrt. Ohne diese Massnahme würde ein grosser Teil des Verkehrs an der Bernstrasse in Nidau bei der Garage Paoluzzo die Abkürzung durch das Mühlefeldquartier nehmen. An der Zihlstrasse wurde eine Einbahnstrasse eingerichtet. Von der Garage Paoluzzo aus kann die Brüggstrasse nicht mehr direkt erreicht werden. Schleichwege sind aber nach wie vor vorhanden. Beispielsweise führt ein Weg von der Grenzstrasse durch den La Nicca-Weg. Oftmals fahren die Autos mit erhöhter Geschwindigkeit durch die Quartierstrassen obwohl viele SchuldKinder unterwegs sind. Durch die engen Strassensituationen und die parkierten Autos sind die Kinder gefährdet. Der Mühlefeldleist hat eine Petition mit fast denselben Forderungen wie im vorliegenden Postulat aufgesetzt. Die Petition wurde von 515 Anwohnenden unterschrieben. Sie wurde in den Städten Biel und Nidau eingereicht. Postulat und Petition stellen folgende Forderungen:

- Die Schliessung der Ausfahrt bei der Garage Paoluzzo. Die nahe gelegene Ausfahrt an der Keltenstrasse würde bestehen bleiben. Der Einbahnverkehr an der Zihlstrasse könnte dadurch aufgehoben werden und das Mühlefeldquartier wäre nicht mehr zweigeteilt.

- Die Schulkinder sind in den engen Strassen gefährdet. Die Urhebenden verlangen deshalb bei den Schulhäusern und Kindergärten Begegnungszonen.

Die Massnahmen sind mit der Stadt Nidau, dem Mühlefeldleis und der Quartierbevölkerung abzusprechen. Partikularinteressen sollen nicht berücksichtigt werden. Mit der Stadt Nidau soll der Kontakt gesucht und für das Grenzgebiet der beiden Städte eine solide Lösung gefunden werden.

Im Postulat wird ausserdem ein Durchgangsverbot für Lastwagen gefordert. Der Gemeinderat will diesen Punkt nicht erheblich erklären. Ein generelles Lastwagenverbot ist schwierig. Ich bitte jedoch den Stadtrat, auch diesen Punkt des Vorstosses erheblich zu erklären. Warum? Auch nach Aufhebung des Einbahnverkehrs dürfen die Fahrzeuge nicht in die Moser-Strasse einbiegen. Die Lastwagen werden also weiterhin durch die kleinen Quartierstrassen fahren. Bereits mehrmals blieben Lastwagen in den engen Kurven der schmalen Strassen stecken. Ein zumindest partielles Verbot für Lastwagen wäre deshalb sinnvoll. Ich bitte den Gemeinderat zu prüfen, wo ein Lastwagenverbot angebracht wäre.

Wiher Max, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ wird das Postulat in allen Punkten erheblich erklären. Ich selber lebe seit über 20 Jahren im Mühlefeldquartier und ich sehe nicht ein, warum Lastwagen da durchfahren müssen. Die einzige für den Durchgangsverkehr geeignete Strasse ist die Bruggstrasse und für diese könnte eine Ausnahme gemacht werden. Die übrigen Strassen im Quartier sind für Lastwagen nicht geeignet.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: La sortie «Paoluzzo» est pratique afin de pouvoir accéder facilement au quartier du Champ-du-Moulin ou rejoindre d'autres quartiers. En l'empruntant, cela permet d'éviter de faire des détours inutiles à travers des embouteillages proches de la Thielle et par conséquent, cela permet aussi d'économiser beaucoup de carburant. Toutefois, cela ne semble pas susciter un grand débat dans cette Ville. En plus, on peut se rendre facilement au Garage Paoluzzo directement depuis un axe de circulation principal, sans devoir passer par le quartier du Champ-du-Moulin. Le territoire dont il est question se trouve sur le domaine de la Ville de Nidau et n'est donc pas du ressort de la Ville de Bienne. Il est étonnant que le Conseil municipal refuse le point 2 de ce postulat étant donné qu'il est évident que les poids lourds engendrent beaucoup plus de nuisances sonores dans le quartier. Je ne comprends pas pourquoi il est important de créer plus de zones de rencontres dans les quartiers hormis si le but est de freiner la circulation routière. Pour le Groupe UDC/Les Confédérés, il est déjà possible de se rencontrer sans bloquer le trafic automobile et de ce fait, il refuse le postulat et demande de le radier du rôle.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Une fois n'est pas coutume, je viens à la tribune pour dire combien la circulation a changé en bien dans le quartier du Champ-du-Moulin. J'y vis, donc je pratique au quotidien les rues et ruelles dont il a été question. Il est évident que les mesures qui ont été prises ont énormément modifié la circulation. Il est vrai que la question de la sortie «Paoluzzo» est un problème car elle génère un trafic pour des gens qui veulent éviter les bouchons et les grands axes, comme vient de le dire Monsieur Rochat. Les automobilistes s'intègrent dans des petites ruelles sans trottoirs dans un quartier d'habitation, qui compte deux écoles, deux crèches et une école à journée continue. On est face à un conflit d'intérêt évident. La question n'est

pas de savoir qui prioriser mais de décider que dans une logique d'avenir et de cohabitation, il convient de délester les quartiers car ce sont des zones à vivre. Les places de rencontres doivent exister afin que les enfants jouent dans les rues, que les gens puissent se rencontrer comme par exemple nos aînés qui, pour certains, n'osent plus se rendre au Centre-Ville. Les quartiers servent à nouer ce lien social.

Francescutto Luca, UDC: Cela va paraître très étrange, mais Madame Gonzalez, je suis tout à fait d'accord avec vous. Toutefois, suite à ce que vous venez de dire, je ne comprends pas pourquoi vous êtes contre le contournement autoroutier puisqu'il apporte une solution à ce problème que vous venez d'évoquer. Je souhaiterais une réponse de votre part, merci.

Gonzalez Glenda, PSR: Vous me faites bien honneur Monsieur Francescutto, mais je ne crois pas que l'idée ici est d'avoir une discussion bilatérale. Toutefois, j'essaie d'avoir une certaine rigueur intellectuelle et la question ici n'est pas le contournement autoroutier car je pense qu'il ne va rien résoudre et je ne partage pas l'avis des quelques irréductibles, qui pensent cela. Pour vous répondre, le contournement de la Branche est considérablement délesté la circulation sur la route de Brügg depuis plusieurs mois et c'est le signe que quelque chose a changé. Dans le quartier du Champ-du-Moulin, la circulation est aussi moins importante depuis l'ouverture de la Branche est. Quant à la Branche ouest, il ne fait pas sens tel qu'il est pensé car il générerait un autre type de circulation, sans compter la durée des travaux, mais cela c'est un autre débat. Je vous remercie de soutenir le postulat dans son entier.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinde versteht die Urhebenden. Das Mühlefeld ist ein wichtiges Quartier. Durch die vFM nahm der Verkehr im Quartier um 40% ab. Der Gemeinderat ist sich aber auch bewusst, dass die bis jetzt ergriffenen Massnahmen noch nicht optimal sind. Die Ausfahrt bei der Paoluzzo Garage liegt auf Nidauer Gemeindegebiet. Die verkehrlichen Massnahmen im Grenzgebiet der beiden Gemeinden zu koordinieren ist sinnvoll. Der Gemeinderat ist bereits in Kontakt mit den Nidauer Behörden. Anfangs wichen die Vorstellungen der beiden Städte jedoch voneinander ab. Unterdessen verfolgt Nidau aber eine ähnliche Politik wie die Stadt Biel. In der Gesamtmobilitätsstrategie von Nidau wird die Ausfahrt an der Gurnigelstrasse thematisiert. In Zusammenarbeit mit der Stadt Biel soll eine bessere Lösung gefunden werden, welche auch die Zihlstrasse betrifft. Wo steht Nidau heute? Sie wollen beim Kanton intervenieren, dass die betreffende Ausfahrt geschlossen wird. Zusammen mit der Stadt Biel soll 2022 mit der Planung begonnen werden. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten funktioniert inzwischen sehr gut. Ich bin zuversichtlich, dass eine funktionierende definitive Lösung gefunden wird. Gleichzeitig werden die Begegnungszonen im Mühlefeldquartier definiert. Anschliessend wird der Quartierleist miteinbezogen.

Punkt 2 bezüglich des Schwerverkehrs empfiehlt der Gemeinderat nicht erheblich zu erklären. Anlieferungen im Quartier müssen gewährleistet sein. Ausserdem ist das Quartier vom Schwerverkehr nicht stark belastet. Ein Fahrverbot würde den Verkehr in ein anderes Quartier verschieben, was einen einseitigen Schutz des Mühlefelds zur Folge hätte. Aus Sicht des Gemeinderats stellt Punkt 2 kein bedeutendes Problem dar. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Steinmann Alfred, SP: Frau Schwickert, ich bitte Sie, die Forderung des Lastwagenfahrverbots doch noch zu prüfen. Am Ganguillet-Weg beispielsweise fuhr ein Armeefahrzeug mit einem bewaffneten Anhänger vorbei. Der Weg ist schmal und das Fahrzeug kam noch gerade knapp vorbei. Noch extremer ist die Situation an der Grenzstrasse. Die Kurven sind so eng, dass hin und her manövriert werden muss. Manchmal bleiben Lastwagen dort stecken und kommen nur mit Hilfe der Polizei wieder frei. Ich bitte Sie, die Situation zu prüfen und ein teilweises Lastwagenfahrverbot umzusetzen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir stimmen über den umstrittenen Punkt 2 ab.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat in den Punkten 1 sowie 3 bis 5 erheblich zu erklären und Punkt 2 nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird in allen Punkten erheblich erklärt.

143. Postulat 20190345, Gugger Reto, BDP, Schor Alfred, EDU, Bohnenblust Peter, FDP, «Überarbeitung Parkierungsreglement»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Gugger Reto, BDP: Ich bin zufrieden mit der Beantwortung musste aber trotzdem ein wenig über die Begründung des Gemeinderats schmunzeln. Eine Prüfung und Umsetzung in kurzer Frist sei nicht möglich. 2016 hat der Gemeinderat selber vorgeschlagen die Situation neu zu beurteilen. Nichtsdestotrotz freue ich mich auf eine baldige Lösung. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Herr Stadtrat Gugger, Ihr Schmunzeln ist gerechtfertigt und ich entschuldige mich für die Verzögerung. Die Bearbeitung wird nun unverzüglich an die Hand genommen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

144. Postulat 20190348, Külling Urs, Fraktion SP/JUSO, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Parkplatzverluste am Bahnhof»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Külling Urs, Fraktion SP/JUSO: Während der «Sculpture» im Sommer 2019 waren die Parkplätze am Bahnhof aufgehoben. Die Einschränkung lief ohne Probleme ab. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen. Ich hoffe auf ein rasches Planungsergebnis.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: En préambule et à l'issue des discussions de ce soir, permettez-moi de vous faire part de mon impression. Je me sens projeté dans un film comme la «Guerre des étoiles» ou mieux encore «Chez Petzi à bicyclette au pays des Birkenstock». Je ne sais pas où on va mais revenons à nos moutons. Le Groupe UDC/Les Confédérés a constaté que durant toute la durée de cette sculpture, même si on peut se questionner sur la justesse de cette dénomination, l'accès à la gare et aux quartiers avoisinants fut et reste difficile. En effet, nombreux artisans ayant régulièrement besoin de circuler à cet endroit afin d'effectuer leurs tâches au profit de la population peinent à circuler mais surtout à stationner à proximité. Toujours plus de chicanes à l'encontre des automobilistes mais aussi et surtout pour les commerçants et leurs clients, ceci sans oublier les services d'urgence, qui peinent de plus en plus à atteindre leurs lieux d'interventions dans les temps impartis. Valoriser la Place de la gare serait certes bénéfique mais je ne peux cependant pas imaginer que la suppression des places de stationnement puisse apporter une telle plus-value. Il s'agit plus d'une tactique salami de la part de la gauche qui se positionne, une fois de plus, comme un parti idéaliste et anti-voiture. J'ai bien l'impression qu'à force de vous concentrer sur un seul arbre vous en oubliez de contempler la beauté de la forêt. Ce postulat manque évidemment d'envergure. La réfection de la Place de la gare doit faire l'objet d'une réflexion globale en corrélation avec le projet de contournement ouest de l'A5. Sans un tracé autoroutier, il reste totalement utopique et contraire au bon sens de vouloir entraver le trafic automobile dans le quartier de la gare. Dès lors, et afin de ne pas tomber dans le piège tendu par l'aile «rose-verte», j'appelle à votre bon sens et votre responsabilité et vous demande de rejeter le postulat urgent en tant que tel.

Brunner Thomas, EVP: Über die Parkplätze am Bahnhof können die Meinungen durchaus geteilt sein. Den Zeitraum eines temporären Parkverbots zu missbrauchen um die Aufhebung von Parkplätzen zu prüfen, ist äusserst fragwürdig. Was haben Sie denn erwartet? Die Parkplatzfrage kann im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofplatzes gelöst werden.

Francescutto Luca, UDC: Je me demande où se trouve l'urgence dans ce postulat. En lisant ledit postulat, j'ai vraiment eu l'impression que l'expression «*Je te donne la main, tu me prends le bras*» résumait totalement ce postulat. Certes, pendant l'exposition, car je ne vois pas cela comme une sculpture, les places de parc n'étaient pas disponibles. Toutefois, je me demande sur quoi vous vous basez pour affirmer que cela n'était pas un problème. Avez-vous une fois pris le temps de discuter avec les chauffeurs de taxi? Ils auront tout un autre avis. Je devrais dire une fois de plus, que ce n'est pas parce que vous avez une totale aversion pour les voitures que vous devez à nouveau supprimer des places de stationnement. Je trouve que cela devient une maladie chez certains d'entre vous. Il est inutile de vous rappeler, que le peuple biennois s'est positionné clairement par votation contre une Place de la gare sans voiture. Donc, je me demande pourquoi revenir sur ce sujet en profitant de l'exposition comme prétexte pour interdire le trafic automobile. Le plus aberrant est que le Conseil

municipal propose d'accepter ce postulat. J'espère juste que le peuple biennois se rende compte de cette manigance.

Steinmann Alfred, SP: Ich verstehe das Problem nicht. Während der «Sculpture» waren die Parkplätze aufgehoben aber zwei Schritte weiter im Parkhaus konnte problemlos parkiert werden. Das Parkhaus verfügte stets genügend Kapazität. Der öffentliche Raum an der Oberfläche sollte vor allem den Fussgängern zur Verfügung stehen. Eine Haltezone am Bahnhof «Kiss&Ride» ist sinnvoll und für längeres Parkieren gibt es das Parkhaus. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen.

Bohnenblust Peter, FDP: In der Beantwortung des Gemeinderats wird festgehalten, dass: *«Die Parkplatzproblematik sowie der Zugang zum Bahnhof mit dem Auto im Allgemeinen werden in diesem Rahmen geprüft.»* Ich erwähne dies für die Diskussion zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes. Der Gemeinderat will eine echte Aufwertung des Bahnhofplatzes was zu begrüssen ist. Ich erinnere jedoch daran, dass es nicht um eine Wohlfühloase geht. Am Bahnhofplatz bewegen sich Leute, sei es zu Fuss oder mit öffentlichem Verkehr und Auto. Die Haltezonen «Kiss&Ride» wurden ermöglicht, nachdem Beschwerden eingereicht wurden. Dieser Zugang musste erkämpft werden.

Grupp Christoph, Grüne: Ich habe mich für einen autofreien Bahnhofplatz engagiert (überparteiliches Postulat 20170162 «autofreier Bahnhofplatz»). 80% der Personenströme am Bahnhofplatz entstehen durch Fuss- oder öffentlichen Verkehr, 20% entfallen auf Autos. Die Nutzung des Platzes sollte dem Aufkommen der verschiedenen Personenströme angepasst werden. Heute nehmen die Autos wahrscheinlich über 80% des Platzes in Beschlag.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen die Erheblicherklärung des Postulats. Der Gemeinderat hat 2021 bereits erste Schritte im Projekt zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes unternommen. Der Platz ist ein Verkehrsknotenpunkt. Die Parkierung ist ein Element für ein gutes Management dieses Verkehrsdrehpunktes. Der Gemeinderat möchte deshalb die Parkierung nicht isoliert analysieren sondern in die Projektarbeit integrieren. Die beste Lösung wird durch eine Gesamtansicht gewonnen.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich schliesse die Sitzung und freue mich, Sie morgen wieder zu begrüssen. Gute Nacht.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:25 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Scheurer Nathalie

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane